

"Solo für Schröder" in Die Zeit (März 1999)

Quelle: Die Zeit. [ONLINE]. [Hamburg]: [15.04.2004]. Disponible sur http://www.zeit.de/archiv/1999/12/199912.agenda_2000_.xml.

Urheberrecht: (c) Christian Wernicke / Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"solo_fur_schroder"_in_die_zeit_marz_1999-de-702d0f4d-cddf-45d7-a127-613b0194ef95.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Solo für Schröder

Beim Berliner EU-Gipfel zur Agenda 2000 steht der Bundeskanzler allein da - ohne Rückendeckung der Kommission

Christian Wernicke

Es war im vergangenen Herbst, noch vor der Wahl in der Bundesrepublik, als der *Economist* auf dem Titelblatt einen deutschen Politiker präsentierte. Neben dessen strahlendem Gesicht prangte die Frage: "Würden Sie von Gerhard Schröder einen Gebrauchtwagen kaufen?"

Inzwischen ist der "Auto-Mann" Bundeskanzler und Herr der deutschen EU-Präsidentschaft. Nun müssen sich 14 Regierungen in Europa entscheiden, ob und wie sie mit ihm ins Geschäft kommen wollen. Seit Montag nacht bauen sie mehr denn je auf Schröders Talent als Makler: Der kollektive Rücktritt der Brüsseler Kommission beraubt die 15 hohen Herren ihres Schlichters, der für heikle Streitereien so häufig eine technokratische Lösung weiß. Zudem wird die Suche nach einem Ausweg aus dem Brüsseler Schlamassel Zeit verschlingen. Doch Schröder weiß: "Nun müssen wir dafür sorgen, daß Europa handlungsfähig bleibt." Denn eine zweite Krise, das will der Kanzler signalisieren, könnte den Euro in den Keller treiben.

Als Zuschauer ohne Amt und Würde werden die Kommissare in der Kulisse stehen. Entscheiden muß die Politik - über die Reform der teuren Agrarpolitik, über Brüssels Strukturfonds-Subventionen für arme Regionen, über eine gerechtere Verteilung der leidigen Nettolasten. Das wird, soviel steht fest, ein überaus komplizierter Vertrag voller Fallen und Fußnoten. Sieben lange Jahre soll der Kompromiß halten und Westeuropa obendrein für seine Ausdehnung gen Osten rüsten. Dafür hastet Schröder dieser Tage durch die Hauptstädte Westeuropas, deshalb läßt er nächste Woche nach Berlin. Zu seinem großen Gipfel über die Agenda 2000.

Alle gemeinsam gegen die Briten

Schröders Chancen, im Morgengrauen des 26. März den EU-Ländern einen Deal abzurufen, stehen so schlecht nicht. Außenminister Joschka Fischer, der am vorigen Wochenende mit seinen Amtskollegen im sonnigen Rheingau eine Lösung für die lange Berliner Gipfelnacht vorbereitete, sah gar schon "den Kompromiß in Zahlen vor Augen". Ziffern samt Kommastellen blieben zwar sein Geheimnis, auch wählte er da die EU-Kommission noch fest im Sattel. Aber die Grundzüge einer Einigung lassen sich ausmalen. Genauso wie jene Frontlinien, an denen sich die EU-Partner erst noch abkämpfen müssen: Deutsche gegen Spanier, Holländer gegen Italiener - und alle zusammen gegen die Briten.

Denn spätestens in Berlin endet die Schonzeit, die Europa Tony Blair bislang gewährt hat. Aus Sorge vor neuen Wellen europhober Hysterie auf der Insel flüsterten Diplomaten wie Minister bisher nur, wenn sie von London eine Reform jenes EU-Rabatts verlangten, den vor 15 Jahren die Eiserne Lady mit der Handtasche erstritten hatte. Auf dem Gipfel droht jetzt Krach über die bis zu sechs Milliarden Mark, um die seither Großbritanniens EU-Rechnung alljährlich gekürzt wird. Blair deklariert den *rebate* als "nicht verhandelbar". Doch ohne Abschlag wird ihn keiner der 14 anderen Regierungschefs davonkommen lassen, schließlich profitiert London von etlichen anderen, schon heute absehbaren Reformen der Agenda 2000. Und bleiben die wirren EU-Regeln unverändert, nach denen eigens geschulte Buchhalter alljährlich den Briten-Bonus errechnen, würde Blair im Moment der ersten Ostbeitritte sogar noch einen Sonderrabatt einstreichen - während alle anderen draufzahlen.

Diese Absurdität wenigstens zu korrigieren ist Chefsache für Berlin. Experten mögen brillante Rechenmodelle entwerfen, am Ende zählt allein das politische Kalkül: Wie kriegt man Tony Blair dazu, daß Großbritannien auf sein Veto und somit auf bares Geld verzichtet? "In offener Feldschlacht", sagt ein Kenner Brüsseler Verhandlungsnächte, "ist da nichts zu machen." Dann würden ja nur feindliche Bataillone an Labours Heimatfront wach, die Boulevardpresse und die Tories. Entweder einigt sich die EU mit London leise - oder die Berliner Konferenz scheitert, mit lautem Knall, an Maggies Erbe.

Verbale Scharmützel werden auf dem Gipfel noch entlang einer zweiten Konfliktlinie ausgefochten, im Streit zwischen Nord und Süd um die Strukturfonds. Dieser Streit ist zwar garantiert - und doch weniger schädlich. Das ist europäisches Ritual: Spanier, Griechen und Portugiesen pokern um ihre Fördermilliarden, Deutsche und Niederländer pochen auf Entlastung ihrer hohen Nettosalen. Da gehören Klappern und Türeenschlagen zum diplomatischen Handwerk. Eingeweihte Beobachter geben sich jedoch "verhalten optimistisch, daß sich ein Kompromiß finden läßt". Der Zahlenkorridor, auf dem sich Gerhard Schröder und der Spanier José-María Aznar in der letzten Nacht irgendwo in der Mitte treffen müssen, ist abgesteckt: Bonn möchte binnen sieben Jahren höchstens 190,5 Milliarden Euro aus Brüssel fließen lassen, maximal 216 Milliarden wird Madrid durchsetzen. Das wären zehn Prozent weniger, als die EU-Kommission ursprünglich empfohlen hatte. Durch diese "Stabilisierung" des Budgets käme Europa die Deutschen netto knapp 5 Milliarden Mark billiger. Und gleichzeitig hoffen sie auf 2 Milliarden Mark mehr Regionalbeihilfe aus Brüssel - jährlich! Das hat schließlich Monika Wulf-Mathies, die zuständige Kommissarin, für ihre Landsleute grosso modo ausgerechnet.

Besiegelt ist dieser Teil von Schröders Agenda-Geschäft noch längst nicht. Vorher muß Aznar zum Beispiel sicher sein, daß sein Euro-Land auch künftig vom Kohäsionsfonds profitiert, mit dessen Hilfe die Entwicklungsunterschiede zwischen armen und reichen EU-Ländern ausgeglichen werden sollen. Hier steht für Spanien zwar weitaus weniger Geld als bei den Strukturfonds auf dem Spiel, aber an diesen Milliarden mißt das Publikum daheim seinen Erfolg. Bonn hat, taktisch klug, nachgegeben.

Überhaupt senden die rot-grünen Koalitionäre kurz vor dem Berliner Gipfel eher bescheidene Signale aus. Vor neun Monaten noch hatten allen voran die Briten gewitzelt: "Kohl schwingt Maggies Handtasche" - er wolle, wie einst Thatcher, sein Geld zurück. Ein genereller Nachlaß für alle überforderten Nettozahler steht zwar noch immer in jedem Bonner EU-Papier. Aber insgeheim hat Schröder diese Idee längst aufgegeben. Sein Außenminister bereitete bereits rhetorisch den Rückzug vor. Ob Deutschland demnächst weniger an Brüssel zahlt, "das weiß ich nicht - aber ist das denn das Wichtigste?" Bisher schien es so. Nun klingt Fischers Wort fast wie bei Helmut Kohl: "Deutschland ist der große Gewinner des Erweiterungsprozesses."

Recht hat er ja. Aber seine ernste Miene verrät wenig Begeisterung. Zwar wird Bonn durch das weitgehende Einfrieren der EU-Ausgaben entlastet. Aber man spart viel weniger als geplant. Auch die Regierung der Niederlande, die dreist eine Kürzung ihrer Brüsseler Tantiemen vom Jahr 2002 an in ihrer Koalitionsvereinbarung festschrieb, muß umdenken. Deutsche wie Holländer hadern deshalb mit Paris, das den Nettozahlern mit fast perfider Diplomatie ihre wichtigste Waffe aus der Hand schlug: Die nationale Kofinanzierung der Brüsseler Agrarausgaben bleibt, jedenfalls in nennenswertem Umfang, ein Tabu.

Auf der Suche nach Hintertüren

Diese Konzession hatte Frankreich seinen Partnern abverlangt, ehe es vorige Woche dem leidigen Kompromiß über die Agrarpolitik zustimmte. Es ist - nur und doch immerhin - eine halbe Reform. Die Preise sinken, wenn auch weniger, als von Brüssels Experten empfohlen. Deshalb fällt die prompte Kompensation für die Bauern, allerlei Acker- und Viehprämien, etwas billiger aus. Unterm Strich gönnten die Landwirtschaftsminister ihrer Klientel knapp 14 Milliarden Mark mehr, als die Premiers ursprünglich genehmigt hatten. In Berlin wollen die Chefs nachbessern und etwas mehr sparen. Manche Bauernhilfe soll bald wieder sinken, vielleicht findet sich sogar noch ein Spalt für ein wenig Kofinanzierung durch die Hintertür. Aber viel wird es nicht werden - sonst platzt das mühselig geschnürte Agrarpaket. Spätestens in drei Jahren muß also neu gefeilscht werden. Dann steht die Osterweiterung an, dann rückt Europa in der Welthandelsorganisation erneut als Agrarprotektionist an den Pranger.

Kurzfristig eröffnet der bekrittelt Agrarkompromiß freilich eine Lösung, die typisch ist für den Agenda-Poker zu Berlin: Alles hängt mit allem zusammen. Weil Italien mehr Milchquoten ergattern konnte, zeigt sich Roms Regierung nun konzilient bei der künftigen Berechnung der nationalen EU-Beiträge. Bisher wurde ein Teil der Überweisungen für Brüssel nach dem Mehrwertsteueraufkommen errechnet. Das begünstigte Italien und Belgien, wo die Schattenwirtschaft besonders blüht. Gerechter ist es, wenn - wie geplant - künftig stärker der nationale Wohlstand (BSP) zum Maßstab wird. Das macht Europa für Italien

um jährlich 2,4 Milliarden Mark teurer. Und das spart dem neuen Kassenwart in Schröders Mannschaft immerhin 700 Millionen Euro pro Jahr.

Um diesen Segen der Milchquote zu genießen, muß sich Hans Eichel freilich auf eine lange Männerfreundschaft mit Gerhard Schröder einlassen: Vollends in Kraft treten dürfte der Kuhhandel des "Auto-Manns" wohl erst im Jahre 2006.